

WP

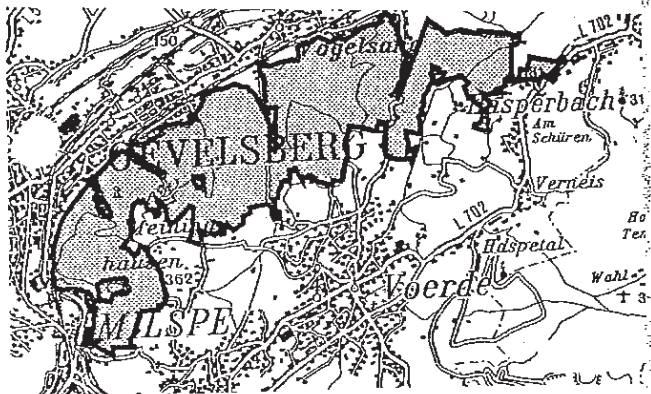
Nr. 76 / Samstag, 2. April 2005



Ennepe-Ruhr-Kreis

Der Landrat

Bekanntmachung
Landschaftsplan für den Raum Ennepetal/Gevelsberg/Schwelm
 hier: Inkrafttreten der 1., 2. und 3. Änderung des Landschaftsplanes gemäß § 28 a des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft NRW (Landschaftsgesetz - LG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV. NRW. S. 568/SGV. NW 791) Die Bezirksregierung Arnsberg als höhere Landschaftsbehörde hat die vor- stieg des Ennepe-Ruhr-Kreises am 05.07.2004 als Sitzung be- sc. jene 1., 2. und 3. Änderung des Landschaftsplanes für den Raum Ennepetal/Gevelsberg/Schwelm mit Verfügung vom 26. Januar 2005 - Az.: 51.1.2-2/3 - genehmigt.
 Die Erteilung dieser Genehmigungen wird hiermit öffentlich bekanntge- macht. Gegenstand der 1., 2. und 3. Änderung des Landschaftsplanes für den Raum Ennepetal-Gevelsberg-Schwelm ist die Richtlinie 92/43/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaft zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Pflanzen und Tieren (FFH-Richtlinie) im Rahmen der Landschaftsplanung. Alle drei Änderungen des Land- schaftsplanes für den Raum Ennepetal-Gevelsberg-Schwelm beziehen sich im Wesentlichen auf Gebiete, die von der Bundesrepublik Deutsch- land der EU-Kommission gemeldet worden sind. Die Grundlagen für die Meldung wurden von der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) erarbeitet. Das Verfahren zur Gebietsmeldung wurde im April/Juli 2000 von der Bezirksregierung Arnsberg durchgeführt. Ziel der Landschaftsplanänderungen ist es, für diese Flächen Naturschutzgebiete festzusetzen. Es handelt sich immer um Flächen, die nicht innerhalb im Zusammenhang von bebauten Ortsteilen oder im Geltungsbereich von Bebauungsplänen liegen.
 Die 1. Änderung des Landschaftsplanes für den Raum Ennepetal-Gevels- berg-Schwelm betrifft im Wesentlichen den Bereich des Gevelsberger Stadtwaldes auf den Stadtgebieten Gevelsberg und Ennepetal.
 Karte: Bereich der Änderung Nr. 1 des Landschaftsplanes für den Raum Ennepetal-Gevelsberg-Schwelm



Die 2. Änderung des Landschaftsplanes für den Raum Ennepetal-Gevels- berg-Schwelm betrifft im Wesentlichen Flächen zwischen der Kreisgren- ze im Süden, Südosten und Westen der Ortslage Beyenburg (Mitte der Wupper). Betroffen sind im Wesentlichen nur der Flusslauf der Wupper mit den Uferböschungen und bereits vertraglich geschützte Uferand- streifen, die sich auf den Stadtgebieten Ennepetal und Schwelm befin- den. Es sind zusätzlich zum Flusslauf der Wupper die nachstehend auf- geführten Grundstücke ganz oder teilweise betroffen: Gemarkung Schwelm: Flur 33, Flurstücke 81, 82, 266, 267, 296, 378-389, 397; Flur: 34, Flurstück 1; Flur 35, Flurstück 51, 60, 64, 65. Gemarkung Ennepetal: Flur 12, Flurstücke 83; 134, 153, Flur 11, Flurstück 828.
 Die 3. Änderung des Landschaftsplanes für den Raum Ennepetal-Gevels- berg-Schwelm bezieht sich auf das Naturschutzgebiet Nr. 3.1.12 „Tal der Ennepe“ auf dem Stadtgebiet von Ennepetal. Die Grenzen dieses Natur- schutzgebietes bleiben bestehen. Es erfolgt eine Anpassung des Schutz- zweckes sowie eine Änderung von textlichen Festsetzungen.
 Die genehmigte 1., 2. und 3. Änderung des Landschaftsplanes liegt ab so- fort beim Umweltamt des Ennepe-Ruhr-Kreises - untere Landschaftsbe- hörde - im Kreishaushaus, Hauptstr. 92, 58332 Schwelm, 4. Etage, während der Sprechzeiten

Mo.-Do. von 08.30 Uhr bis 12.00 Uhr, 13.30 Uhr bis 15.45 Uhr,

Fr. von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr

zu jedermanns Einsichtnahme aus. Über den Inhalt der 1., 2. und 3. Än- derung des Landschaftsplanes wird auf Verlangen Auskunft erteilt.
 Hingewiesen wird auf § 30 Abs. 1 bis Abs. 3 des Landschaftsgesetzes und auf § 5 Abs. 6 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 646/SGV. NRW 2021), zuletzt geändert am 28.03.2000 (GV. NRW. S. 245).

I. § 30 Abs. 1 bis Abs. 3 des Landschaftsgesetzes (LG)

Nach § 30 Abs. 1 LG ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvor- schriften des Landschaftsgesetzes für die Rechtswirksamkeit des Land- schaftsplanes nur beachtlich, wenn

1. die Vorschriften über die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und die öffentliche Auslegung nach § 27a, § 27c oder § 29 Abs. 2 Satz 2 verletzt worden sind; unbeachtlich ist dagegen, wenn bei Anwendung der Vorschriften einzelne berührte Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt oder bei Anwendung des § 27c Abs. 2 Satz 2 LG oder des § 29 Abs. 2 Satz 1 LG die Voraussetzungen für die Durchführung der Be- teiligung nach diesen Vorschriften verkannt worden sind;
2. ein Beschluss des Trägers der Landschaftsplanung nicht gefasst, eine Genehmigung nicht erteilt oder die Erteilung der Genehmigung nicht ortsüblich bekanntgemacht worden ist.

Nach § 30 Abs. 2 LG sind Mängel im Abwägungsvorgang für die Rechts- wirksamkeit des Landschaftsplans nur erheblich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind. Für das Ab- wägungsergebnis ist die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Be- schlussfassung über den Landschaftsplan maßgebend. Unbeachtlich für die Rechtswirksamkeit des Landschaftsplanes sind nach § 30 Abs. 3 LG

- a) eine Verletzung der in § 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LG bezeichneten Ver- fahrens- und Formvorschriften und
- b) Mängel des Abwägungsergebnisses gemäß § 30 Abs. 2 LG, wenn sie nicht in Fällen der Nummer 1 innerhalb eines Jahres, in Fällen der Num- mer 2 innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Land- schaftsplans schriftlich gegenüber dem Träger der Landschaftspla- nung geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verlet- zung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

II. § 5 Abs. 6 der Kreisordnung (KO)

Danach kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften nach Ablauf eines Jahres seit dieser Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigungsverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht wor- den,
- c) der Landrat hat den Kreistagsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Kreis vorher ge- rügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache be- zeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Inkrafttreten:

Mit dieser Bekanntmachung treten die 1., 2. und 3. Änderung des Land- schaftsplanes Raum Ennepetal/Gevelsberg/Schwelm des Ennepe-Ruhr- Kreises in Kraft.

58332 Schwelm, den 28. Februar 2005

gez. Dr. Brux

FORSTAMT GEVELSBERG			
AZ: 80-01-25.02			
Eing.	13. April 2005		
DEZ 1	DEZ 2	DEZ 3	DEZ 4

Z. d. A.

Textliche Änderungen des Landschaftsplans

Ennepetal- Gevelsberg- Schwelm

1., 2. und 3. Änderung

- Änderungen sind **fett** gedruckt
- Seitenangaben sind *kursiv* geschrieben

Seite 4; 1.1 Rechtsgrundlagen

... in der Fassung der Bekanntmachung v. 21.07.2000 (G.V. NRW. S. 568)

Seite 6 1.5 Aufstellungs- und Änderungsverfahren

Seite 7 Neuer Absatz am Ende von Punkt 1.5 einfügen

Die Einleitung der 1., 2. und 3. Änderung des Landschaftsplanes wurde am 28.10.2002 vom Kreistag beschlossen. Es wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritte zur Änderung des Landschaftsplanes gem. § 29 Abs. 1 LG durchgeführt.

- Vorgezogene Bürgerbeteiligung vom 05.06.2003 bis zum 20.06.2003
- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vom 20.05.2003 bis zum 15.08.2003
- Öffentliche Auslegung der Änderungen vom..... bis zum
- Beschluss der Änderung 1 bis 3 als Satzung durch den Kreistag des Ennepe-Ruhr- Kreises
- Genehmigung der Satzungsänderung durch die Bezirksregierung Arnsberg als höhere Landschaftsbehörde am
- Inkrafttreten der Landschaftsplanänderungen mit der öffentlichen Bekanntmachung vom

Seite 36 3.1 Naturschutzgebiete gemäß § 20 LG

Die Flächengröße der 13 Naturschutzgebiete beträgt insgesamt ca. ha

Einfügen nach "Rote Liste NW"-Pflanzen- und Tiere. *neuer Absatz*

Die als Natura 2000 gemeldeten Gebiete sind nach Erlass der Staatskanzlei NRW vom 24.04.2001 zur Umsetzung der FFH-RL als Naturschutzgebiete festzusetzen.

1. Änderung

Seite 16 Entwicklungsraum 1.9 „Stadtwald Gevelsberg“

Entwicklungsraum 1.9 Stadtwald Gevelsberg

Der Entwicklungsraum 1.9 liegt entsprechend der naturräumlichen Gliederung im Bereich des Märkischen Oberlandes und ist durch ausgedehnte Waldgebiete mit naturnahen Bereichen und zahlreichen Quelltälern geprägt.

Der Landschaftsraum ist großflächig als schutzwürdiges Biotop Nr. 47 im ökologischen Fachbeitrag beschrieben. Kleinere Teilflächen sind als schutzwürdige Biotope Nr. 64 und 84 beschrieben.

Die großflächigen Hainsimsen- Buchenwälder sind gut erhalten und besitzen eine hervorragende Repräsentanz für den Nordwesten des Naturraumes. Deshalb wurde der Gevelsberger Stadtwald (Natura 2000 Nr. DE 4610-301) durch die Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission als Flora-Fauna-Habitat gemeldet.

Vordringliche Aufgaben der Landschaftsentwicklung sind:

- Erhalt des derzeitigen Laubholzanteiles und langfristige Verringerung des Nadelholzanteiles in den Waldbeständen;
- Erhalt schutzwürdiger Biotopstrukturen, insbesondere der Grauwacke-Steinbrüche, sowie der Bachauen, Quellbereiche und Teiche;
- Erhalt und Sicherung der ökologisch bedeutenden Buchenaltholzparzelle mit Siepental am "Poeter Siepen".
- **Erhalt und Sicherung des ökologisch wertvollen Lebensraumtyps „Hainsimsen-Buchenwald“ (9110)**

neuer Text: **3.1.3 Naturschutzgebiet „Gevelsberger Stadtwald“ in Gevelsberg und Ennepetal**

wird geändert **Flächengröße ca.ha**

Erläuterungen:

Der Gevelsberger Stadtwald (Natura 2000 Nr. DE 4610-301) wurde von der Bundesrepublik Deutschland der Europäischen Kommission gemeldet.

Die großflächigen Hainsimsen- Buchenwälder sind gut erhalten und besitzen eine hervorragende Repräsentanz für den Nordwesten des Naturraumes.

Der Stadtwald von Gevelsberg erstreckt sich zwischen Gevelsberg im Nordwesten bis Voerde im Süden und Westerbauer im Nordosten. Es dominieren Buchen- Eichenwälder, die im Bereich „Bredder Kopf“ und „Poeter Kopf“ Stammdurchmesser bis 80 cm erreichen. In den Kerbtälern treten naturnahe Bachläufe auf, an denen bachbegleitende Erlen- und Eschenwälder stocken. Neben diesen FFH- Lebensräumen kommen durchgewachsene ehemalige Eichen- Birken- Niederwälder vor, in kleineren Anteilen auch Bergahorn-, Weymouthkiefer-, Fichten- und Lärchenbestände, daneben Obstwiesen. In breiten Tälern sind die Auen z. T. als Weiden genutzt, kleinflächig treten brachgefallene Feuchtwiesen auf.

Schutzzweck:

Die Festsetzung als Naturschutzgebiet erfolgt gemäß § 20, Buchstabe a) LG, insbesondere

1. zur Erhaltung von Lebensgemeinschaften und Lebensstätten wildlebender, zum Teil gefährdeter Pflanzen- und Tierarten.

Von besonderer Bedeutung sind hier:

- **Förderung der Naturnähe durch eine naturnahe Waldbewirtschaftung unter Ausnutzung der Naturverjüngung aus Arten der natürlichen Waldgesellschaft und Förderung von Nebenbaumarten.**
- **Entwicklung alters- und strukturdiverser Bestände mit einem dauerhaften und ausreichenden Anteil von Altholz in der Zerfallsphase, insbesondere von Großhöhlen- und Altbäumen als Lebensraum für den Schwarzspecht, verschiedene Fledermausarten u.a..**
- **Erhaltung und Entwicklung besonders gefährdeter Tier- und Pflanzenarten**
- **Vermehrung des Hainsimsen- Buchenwaldes auf für die Waldgesellschaft typischen Standorten vorrangig in Quellbereichen oder an Bachläufen zur Schaffung von Laubwaldkorridoren und zusammenhängenden Laubwaldkomplexen**
- **Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Kleinstandorten wie Quellen oder Siepen und anderer unter §62 LG fallender Biotoptypen**
- **Erhaltung und Förderung von naturnahen Quellbereichen, Bachläufen von Nass- und Feuchtwiesen sowie von Erlenwäldern**

Allgemeine Festsetzungen für alle Naturschutzgebiete

Verbote

Nach § 34 Abs. 1 LG sind in Naturschutzgebieten alle Handlungen verboten, die zu einer Beschädigung oder Veränderung des geschützten Gebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können.

Insbesondere ist verboten:

1. Bäume, Sträucher, Hecken, Feldgehölze oder sonstige wildwachsende Pflanzen zu beseitigen, zu schädigen oder auf andere Weise in ihrem Wachstum zu gefährden;

Erläuterungen:

Eine Wachstumsgefährdung kann z. B. auch erfolgen durch:

- Beschädigung des Wurzelwerkes und
- Verdichten des Bodens im Traufbereich.

Die Verbote des § 64 LG sind zu beachten.

unberührt bleibt die ordnungsgemäße Pflege von Gehölzbeständen und die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung und die Nutzung von Wald, sofern dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft und keine einschränkenden, gebietsspezifischen Regelungen festgesetzt sind.

2. wildlebende Tiere zu fangen, zu töten, zu verletzen, ihre Brut- und Lebensstätten, Eier, Larven, Puppen oder sonstigen Entwicklungsformen wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen oder sie an ihren Brut- und Lebensstätten zu stören oder zu beunruhigen;

Erläuterungen:

Eine Beunruhigung kann insbesondere erfolgen durch:

- Lärmen,
- Aufsuchen und Nachstellen,
- freilaufende Hunde.

Die Verbote der §§ 62, 63 und 64 LG sind zu beachten.

unberührt bleibt die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd einschließlich einer einmal im Jahr im Zeitraum vom 01.11. bis 31.01. stattfindenden Gesellschaftsjagd sowie der Abschluß von Rabenvögeln entsprechend der Rabenvogelverordnung vom 25.10.1994, soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft und keine einschränkenden, gebietsspezifischen Regelungen festgesetzt sind, mit Ausnahme von:

- Fütterung von Wild und Anlage von Wildäusungsflächen,
- Errichtung von Jagdkanzeln,
- das Aussetzen von Wild.

Erläuterungen:

Ansitzleitern sollen möglichst unauffällig und dem Landschaftsbild angepaßt errichtet werden. Flächen mit schutzwürdiger, naturnaher Vegetation sind zu meiden.

unberührt bleibt die rechtmäßige Ausübung der Fischerei, soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft und keine einschränkenden, gebietsspezifischen Regelungen festgesetzt sind.

3. Bäume, Sträucher oder sonstige Pflanzen oder entwicklungsfähige Pflanzenteile oder Tiere oder deren Entwicklungsformen einzubringen.
4. abgestorbene Bäume sowie sonstiges Totholz zu beseitigen.

Erläuterung:

Insbesondere abgestorbene Bäume haben große Bedeutung für höhlenbrütende Vogelarten, Fledermäuse und im Totholz lebende Insekten.

5. Erstaufforstungen vorzunehmen oder Wiederaufforstungen oder Anpflanzungen mit nicht bodenständigen oder standortgerechten Gehölzen durchzuführen.

Erläuterung:

Das Erstaufforstungsverbot dient insbesondere der Offenhaltung der grünlandgeprägten Bachtäler.

6. Baumschulen, Weihnachtsbaum- oder Schmuckreisigkulturen anzulegen.

7. Silagemieten anzulegen, Gülle, Klärschlamm, Düngemittel oder sonstige Stoffe oder Gegenstände, die das Landschaftsbild oder den Naturhaushalt gefährden oder beeinträchtigen, zu lagern, abzulagern, in den Boden einzubringen, in Gewässer oder in das Grundwasser einzuleiten oder sich ihrer in anderer Weise zu entledigen.

Erläuterung:

Außerdem sind die Verbote des Abfallrechtes zu beachten.

8. Pflanzenbehandlungs- einschließlich Schädlingsbekämpfungsmittel anzuwenden oder zu lagern.
9. Grünland oder Brachen umzubrechen oder in eine andere Nutzungsart umzuwandeln, es sei denn, die Umwandlung dient dem Schutzzweck und wird im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde durchgeführt.
10. Entwässerungsmaßnahmen oder andere den Wasserhaushalt des Gebietes verändernde Maßnahmen durchzuführen; hierzu zählt auch die Beseitigung von Staunässe, die Entnahme von Grundwasser oder die Änderung des Grundwasserflurabstandes.

Erläuterungen:

Unter Entwässerungsmaßnahmen fällt auch das Neuanlegen von Drainagen; erlaubt sind jedoch normalerweise die Unterhaltung und das Instandsetzen vorhandener Drainagen, es sei denn, in den gebietsspezifischen Regelungen wird etwas anderes bestimmt.

11. Gewässer einschließlich Fischteiche anzulegen oder die Gestalt stehender oder fließender Gewässer oder deren Quellbereich zu ändern oder zu zerstören;

Erläuterung:

Unter dieses Verbot fällt auch die Anlage und Veränderung von Teichen, die keiner wasserrechtlichen Erlaubnis oder Genehmigung bedürfen.

unberührt bleiben Maßnahmen zur rechtmäßigen Gewässerunterhaltung mit der Maßgabe, daß diese im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde festzulegen sind, sowie Maßnahmen, die dem Schutzzweck dienen.

12. Aufschüttungen, Abgrabungen, Verfüllungen, Ausschachtungen, Sprengungen oder andere Veränderungen der Oberflächengestalt des Bodens vorzunehmen.

13. oberirdische oder unterirdische Versorgungs- oder Entsorgungsleitungen zu verlegen oder zu ändern.
14. bauliche Anlagen im Sinne der Bauordnung NW zu errichten oder in einer das Landschaftsbild beeinträchtigenden Weise zu ändern, auch wenn dafür keine Baugenehmigung oder Bauanzeige erforderlich ist;

unberührt bleibt die Einrichtung von nach Art und Größe ortsüblichen Forstkultur- und Weidezäunen.

Erläuterungen:

Zu den baulichen Anlagen zählen auch

- Lager-, Abstell- und Ausstellungsplätze,
- Camping- und Zeltplätze,
- Freizeit-, Erholungs-, Sport- oder Spieleinrichtungen aller Art,
- Landungs-, Boots- und Angelstege,
- am Ufer oder auf dem Grund eines Gewässers verankerte Fischzuchtanlagen sowie Wohn- und Hausboote,
- Zäune und andere aus Baustoffen oder Bauteilen hergestellte Einfriedungen.

15. Straßen, Wege oder Stellplätze zu errichten oder wesentlich umzugestalten.
16. Verkaufsbuden, Verkaufsstände oder Verkaufswagen, Werbeanlagen oder Warenautomaten, Zelte, Wohnwagen oder ähnliche dem zeitweiligen Aufenthalt von Menschen dienende Anlagen aufzustellen, anzubringen oder zu errichten.

Erläuterung:

Wohnwagenähnliche Anlagen sind insbesondere Wohnmobile, Wohncontainer oder Mobilheime.

17. Flächen außerhalb der befestigten Wege, Straßen, Park- und Stellplätze zu betreten, auf ihnen zu reiten, zu fahren, Kraftfahrzeuge abzustellen.

unberührt bleibt das Betreten oder Befahren im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung oder im Rahmen von Maßnahmen zur Gewässerunterhaltung sowie das Betreten und der Einsatz von Jagdgebrauchshunden im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd, das Betreten im Rahmen der Ausübung der rechtmäßigen Fischerei sowie das Betreten zur Durchführung von Pflegemaßnahmen durch die untere Landschaftsbehörde.

Erläuterungen:

Im Naturschutzgebiet ist das Führen von Kraftfahrzeugen und Reiten außerhalb der genannten Flächen auch dann untersagt, wenn eine privatrechtliche Befugnis, insbesondere die Einwilligung des Grundstückseigentümers vorliegt.

Nach dem Forstgesetz gemäß § 3 Buchstabe e) gilt dieses Verbot im Wald auch auf Straßen und Fahrwegen.

- 17a. Hunde frei laufen zu lassen.

18. Gewässer zu befahren, in ihnen zu baden oder Wassersport zu treiben sowie Eisflächen zu betreten oder zu befahren;

unberührt bleibt das Befahren von Gewässern zum Zwecke der rechtmäßigen Ausübung von Jagd und Fischerei sowie die Befahrung der Ennepe mit Kanus in der Zeit vom 01.10. bis zum 01.03. und bei einem Mindestpegel von 30 cm am Auslauf der Talsperre.

19. zu lagern oder Feuer zu machen.

20. Flug- und Schiffsmodelle zu betreiben sowie mit Drachenseglern und Hängegleitern zu starten oder zu landen.

Erläuterung:

Zu den Flugmodellen zählen auch Lenkdrachen.

21. eine andere Nutzung der Flächen auszuüben, als in den allgemeinen und speziellen Geboten festgesetzt ist.

Erläuterung:

Das Verbot dient insbesondere dem Erhalt nicht genutzter Teilflächen, z. B. von Seggenrieden bzw. der Extensivierung von Grünland.

22. sonstige Tätigkeiten auszuüben, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltigen Störung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile führen können.

Zusätzliche Verbote:

23. **Verbot der Wiederaufforstung von Wald mit Nadelbäumen in Quellbereichen, Siepen und Bachtälern sowie auf floristisch oder faunistisch bedeutsamen Flächen.**
24. **Verbot der Neuanlage und des Ausbaus von Forstwirtschaftswegen in eine höhere Ausbaustufe sowie die Anlage von Holzlagerplätzen ohne ein mit der unteren Forst- und unteren Landschaftsbehörde abgestimmtes Konzept. Ausnahmen für Kalamitätsfälle sind zulässig.**

25. **Verbot 25 entfällt**

Zusätzliche Verbote für den Lebensraumtyp „Hainsimsen- Buchenwald“. Diese Flächen sind in der Festsetzungskarte durch eine Schraffur eindeutig abgegrenzt.

26. **Verbot der Einbringung von Gehölzarten, die nicht zu den natürlichen Waldgesellschaften der jeweiligen FFH-Lebensräume gehören, sowie von Pflanzmaterial ungeeigneter Herkunft.**
Das Verbot schließt neben der künstlichen Verjüngung auch die natürliche Verjüngung mit ein. Die Beibehaltung eines bestehenden Anteils nicht zur natürlichen Waldgesellschaft gehörender Gehölzarten von bis zu 20 % bleibt unberührt, soweit dies mit dem jeweiligen Schutzzweck vereinbar ist.

27. **Verbot des Kahlhiebs.** Kahlhiebs im Sinne dieses Verbots sind alle innerhalb von 3 Jahren durchgeführten flächenhaften Nutzungen auf mehr als 0,3 ha zusammenhängender Waldfläche eines Waldbesitzers und Einschläge, die den Bestockungsgrad unter 0,3 absenken.
Unberührt bleiben Saum- und Femelhiebe sowie Maßnahmen im Rahmen der Umwandlung von Nadelholzbeständen in Laubwald.
28. **Horst- und Höhlenbäume zu fällen.**
29. **Baumstuben zu roden.**
30. **Verbot der Anwendung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln und die chemische Behandlung von Holz.**
Unberührt davon ist die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln für Kalamitätsfälle und die Bodenschutzkalkung mit Zustimmung der unteren Forstbehörde und mit Einvernehmen der unteren Landschaftsbehörde.

Gebote

Die Gebote umfassen großenteils Maßnahmen, die zur Erreichung des Schutzzweckes langfristig notwendig sind.
Für die Umsetzung dieser Gebote werden freiwillige Vereinbarungen mit den jeweiligen Grundstückseigentümern oder Nutzungsberechtigten angestrebt.

1. Vom Ennepe-Ruhr-Kreis als untere Landschaftsbehörde werden für alle Naturschutzgebiete Pflege- und Entwicklungspläne aufgestellt, die die zur nachhaltigen Erfüllung des Schutzzweckes, insbesondere zur Erhaltung oder Wiederherstellung von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten wildlebender Pflanzen- und Tierarten erforderlichen Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowohl inhaltlich als auch räumlich näher bestimmen.

Erläuterungen:

Zur Erhaltung, Herstellung oder Wiederherstellung von Lebensgemeinschaften oder Lebensstätten wildlebender Pflanzen- und Tierarten sind in Kulturlandschaften in der Regel gezielte Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen unerlässlich. Mit der Aufstellung von detaillierten Pflege- und Entwicklungsplänen soll gewährleistet werden, daß diese Maßnahmen auf der Grundlage umfassender Untersuchungen optimal auf die ökologische Situation und Gefährdung der Naturschutzgebiete abgestimmt werden können. Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen - z. B. Anpflanzungen - sind unter Nr. 4 unter Entwicklungs-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen festgesetzt.

2. Grünlandflächen sind nach Maßgabe vertraglicher Regelungen entsprechend dem Kreiskulturlandschaftsprogramm (in der jeweils gültigen Fassung; ein Auszug des Kulturlandschaftsprogramms liegt dieser Satzung zur Kenntnis und Information bei) extensiv zu bewirtschaften, soweit nicht gebietsspezifische Regelungen festgesetzt sind.
3. Großseggenriede und Hochstaudenbestände sind bei Notwendigkeit ab dem 1. Juli abschnittsweise zu mähen unter Abfuhr des Mähgutes.
4. Die Wiedervernässung drainierter Grünlandflächen ist nach Maßgabe vertraglicher Regelungen durchzuführen.

5. Entlang der Bachläufe sind etwa 5 m breite Säume nach Maßgabe vertraglicher Regelungen aus der Nutzung zu nehmen und der natürlichen Entwicklung weitgehend zu überlassen.
Diese sich bildenden Kraut- und Hochstaudensäume sind ca. alle 5 Jahre abschnittsweise zu mähen mit Beseitigung des Mähgutes.
In Waldbeständen ist entlang der Bachläufe auf einer Mindestbreite von 15 m nur eine einzelstammweise Nutzung anzustreben.
6. Pflege zum Erhalt von bachbegleitenden, naturnahen Gehölzstreifen und sonstigen naturnahen Gehölzbeständen:

bei überalterten Gehölzstreifen sind die ausschlagfähigen Gehölze im Zeitraum vom 01.10. bis 28.02. abschnittsweise, zeitlich versetzt, auf den Stock zu setzen. Einzelne Bäume sind als Überhälter zu belassen.
Allgemein sind diese Maßnahmen ca. alle 20 Jahre erforderlich.
7. Bei allen Anpflanzungen sind ausschließlich Gehölzarten der potentiellen natürlichen Vegetation in naturnaher Mischung zu verwenden.
8. Naturnahe forstliche Nutzung von Waldflächen durch u. a. femel- oder plenterartige Bewirtschaftung mit Naturverjüngungen und Verlängerung der Verjüngungszeiträume.
Belassung von Totholz auf den Flächen (dazu zählen auch Baumstümpfe) und Erhalt von Horst- und Höhlenbäumen sowie alten, starken Einzelbäumen von wirtschaftlich geringerem Wert.

Erläuterung:

Durch die Maßnahmen soll ein vielschichtig strukturierter Waldbestand geschaffen werden, der Lebensräume für eine möglichst hohe Zahl darauf spezialisierter Tier- und Pflanzenarten bietet. Besondere Bedeutung haben dabei auch tote Höhlenbäume für Höhlenbrüter.

9. Der Leitfaden der LÖBF im forstbehördlichen Fachbeitrag für Umtriebszeiten und Zieldurchmesser der wichtigsten Wirtschaftsbaumarten ist zu beachten und anzuwenden.
Möglichst soll eine einzelstammweise Zielstärkennutzung durchgeführt werden.

Erläuterungen:

Weitere, speziellere forstliche Festsetzungen werden nach § 25 LG festgesetzt.

Insbesondere sollen innerhalb der Naturschutzgebiete:

- Waldflächen nicht mit Kahlschlägen über 0,3 ha zusammenhängender Flächengröße endgenutzt werden,
- die Flächen beiderseits von Bächen mit einer Breite von jeweils 15 m ausschließlich einzelstammweise genutzt werden,
- nicht boden- und standortgerechte Bestände, insbesondere Nadelholzbestände, möglichst schon vor Erreichen der Nutzbarkeit in bodenständige und standortgerechte Laubholzbestände umgewandelt werden,
- Wiederaufforstungen im wesentlichen mit Baumarten der potentiellen natürlichen Vegetation vorgenommen werden, Schonung des Waldbodens bei der Ernte durch Feinerschließung der Bestände mit Rückegassen und Verwendung bodenverdichtungsmindernder Bereifung.

Zusätzliche Gebote:

10. Auf Grundlage dieses Landschaftsplanes ist für das Naturschutzgebiet ein Maßnahmenplan von der unteren Forstbehörde für die langfristige Waldentwicklung zu erarbeiten. Dabei sind vordringlich die in den FFH-Lebensräumen notwendigen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, die die Erhaltung oder Wiederherstellung eines dem Schutzzweck entsprechenden Zustandes gewährleisten sollen, in einem Sofortmaßnahmenkonzept darzustellen. Für die übrigen Waldflächen werden danach Maßnahmenvorschläge zum langfristigen Aufbau von naturnahen Laubwäldern zur Erreichung des angestrebten Entwicklungszieles vorgeschlagen.
11. In über 120-jährigen Laubwaldbeständen sind je Hektar jeweils bis zu 10 starke Bäume des Oberstandes - insbesondere Horst- oder Höhlenbäume - zu bestimmen und als Altholz für die Zerfallphase im Schutzgebiet zu belassen. Einzelheiten werden im Sofortmaßnahmenkonzept und im Waldpflegeplan bestimmt.
12. Die Entnahme von Totholz in diesem Waldbiotop bedarf der Zustimmung der unteren Forstbehörde im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde. Näheres regelt der Waldpflegeplan.
13. Die Umwandlung von Nadelwaldbeständen ist vorrangig vorzusehen in abgegrenzten Quellbereichen, Siepen und Bachtälern sowie auf Flächen, deren Schutzwürdigkeit durch Nadelbäume gefährdet oder beeinträchtigt ist.
14. Die Durchführung aller forstlichen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Privat- und Kommunalwald (soweit ein Betriebsleitungs- bzw. Beförsterungsvertrag über eine Forst- Betriebsgemeinschaft vorliegt) einschließlich des Abschlusses der vertraglichen Regelungen auf der Grundlage von §36 Abs. 1 Satz 2 LG wird der unteren Forstbehörde übertragen.